

# MEINUNG

## Zuwanderung und Arbeitsmarkt



Es scheint ganz klar zu sein: Zuwanderer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg. Auf sie sollte besser verzichtet werden, jedenfalls solange, bis im nächsten Jahrtausend Renten zu retten und Rentner zu pflegen sind. Zunächst klingt es ja auch plausibel: Bei der hohen herrschenden Arbeitslosigkeit verdrängt der erfolgreiche Einwanderer den Einheimischen vom Arbeitsplatz. Wird der Zuwanderer hingegen arbeitslos, oder ist er nicht arbeitsfähig, so fällt er den Sozialkassen zu Last. Da liegt es nahe, den gegenwärtigen Problemen am Arbeitsmarkt und bei der Sozialversicherung mit einer Politik der geschlossenen Grenzen, wenigstens aber des geschlossenen Arbeitsmarktes, entgegenzutreten.

Hinter diesen Überlegungen verbirgt sich nicht nur ein grobes Mißverständnis über das Funktionieren der Welt und ihrer Arbeitsmärkte. Sie sind auch Ausdruck eines Versagens der Politik, die die Probleme erst schafft, die sie dann lösen will. Wer Zuwanderung ungesteuert lässt, braucht sich über aufkommende Schwierigkeiten nicht zu wundern.

Arbeitslosigkeit ist ein weltweites Phänomen und hat nichts mit dem Umfang an Zuwanderung zu tun, höchstens mit ihrer Struktur. Erfolgreiche Volkswirtschaften

wie die Vereinigten Staaten sind klassische Einwanderungsländer. Natürlich wird es immer Berufsgruppen geben, in Deutschland derzeit das Baugewerbe, die direkte Arbeitsmarktkonkurrenz fürchten müssen. Gleichzeitig gibt es hierzulande Sparten, in denen händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, etwa Erntearbeiter, Frisöre, Kellner, Putzfrauen, Ingenieure, Professoren oder EDV-Spezialisten. Und es gibt Bereiche, in denen deutsche Arbeitsplätze gefährdet sind, weil es keine ausländischen Arbeitskräfte gibt.

Doch nicht der Mangel allein begründet einen Zuwanderungsbedarf. Gerade weil Zuwanderer anders sind als Einheimische, können sie für den Arbeitsmarkt um so profitabler sein. Ihre besonderen Qualifikationen können nämlich auch einheimische Arbeitskräfte gefragter machen, wenn beide Gruppen fruchtbar zusammenarbeiten. Ein einsetzender Wettbewerb mit gleichartigen einheimischen Arbeitskräften mag unbequem sein, sichert aber die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Im Zeitalter von Internationalisierung und Globalisierung können sich exportorientierte Volkswirtschaften einer offenen Ausländerpolitik nicht verweigern. Sie befähigt zur kulturellen Kommunikation, zur Weiterentwicklung der eigenen Traditionen und zu einem Angebot neuer Produkte und Dienstleistungen, sie stärkt den Tourismus, die Universitäten und die internationales Großunternehmen. Die Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland wird auch am Willen zur Offenheit entschieden.

Dies alles hat seinen Preis. Mit Veränderungen entstehen unweigerlich Probleme. Zur Integration gehört deshalb auch, auf unseren gewachsenen Werten zu bestehen. Wichtig ist, die Balance zwischen kultureller Identität und ökonomischem Gewinn zu wahren. Hier liegt die Aufgabe einer nationalen Zuwanderungspolitik, die sich nicht scheuen darf, eigene Interessen zu formulieren. Das gewünschte gesellschaftliche Gleichgewicht und die ökonomischen Vorteile lassen sich nur

erreichen, wenn es auch in Deutschland endlich zu einer gesteuerten Zuwanderung kommt.

Wir haben es selbst in der Hand, den insgesamt positiven ökonomischen Effekt, der von der Zuwanderung nach Deutschland bisher ausgegangen ist, durch Quoten und Auswahlkriterien für Immigranten zu sichern. Eine weiterhin ökonomisch unstrukturierte Zuwanderung hingegen dürfte in Teilarbeitsmärkten zusehends Probleme verursachen. Dort, wo der Arbeitsmarkt einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf anzeigt, kann dem im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes flexibel Rechnung getragen werden. Dort, wo ein Bedarf nicht oder nicht mehr existiert, können dieselben Steuerungsinstrumente greifen. So wie bisher darf es jedenfalls nicht weitergehen.

Es müssen auch neue Akzente in der Integrationspolitik gesetzt werden. Dabei ist der Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache elementar. Von den Sprachkenntnissen hängt nun einmal die erfolgreiche Integration ab: in die Gesellschaft wie in den Arbeitsmarkt. Es ist hohe Zeit, unsere Zuwanderungs- und Integrationspolitik in diesem Sinne kritisch zu überprüfen, denn derzeit widerspricht sie zu oft sozialen und ökonomischen Interessen.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß die bevorstehende Novellierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts nicht nur die Einbürgerung deutlich erleichtern und erstmals Elemente des Geburtsortprinzips einführen, sondern auch dem Gesichtspunkt des Spracherwerbs stärkere Bedeutung zumessen wird. Wir sollten freilich darüber nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß eine nationale und europäische Immigrationsgesetzgebung überfällig ist, die ökonomischen und Integrationsaspekten gleichermaßen Rechnung trägt. Steuerung der Einwanderung und konsequente Integration gehören zusammen.

*K. F. Zimmermann*